



Newsletter

aus der Arbeit des Kreistages

Der September-Newsletter

**Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Göttingen,
liebe Freunde/innen und Bündnispartner/innen,**

In der letzten Kreistagssitzung ist viel passiert. Wir haben viele verschiedene Anträge eingebracht, die nun in die zuständigen Ausschüsse unterwegs sind. Diese Anträge betreffen einige unserer wichtigsten politischen Schwerpunkte wie die vernünftige Bezahlung für Menschen die arbeiten, der Schaffung von Arbeit für solche Menschen die momentan keine Arbeit haben und der Kampf für eine Welt in der wir auch gerne leben wollen.

Wir haben für euch die wichtigsten Ergebnisse wie immer in kurzen Texten zusammengefasst. Wenn ihr noch Fragen habt schreibt uns an, ruft uns an, sprecht uns an. Wir haben immer ein offenes Ohr für euch und eure Fragen, Anliegen und Anregungen.(Schon Ideen? Direkt zum [Kontaktformular!](#)).

Wir freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit und einen heißen, politischen Herbst mit euch.

Mohan - Rieke - Hans-Georg - Eckhard - Konrad - Andreas

Wir trauern um Angelo Perriello

Wir trauern um Angelo Perriello, Kreisvorstandsmitglied der Piratenpartei, der letzte Woche im Alter von erst 32 überraschend verstorben ist. Angelo hat immer wieder in unserer Gruppe bei Themen der Digitalisierung und des Breitbandausbau mitgearbeitet. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen. Die Trauerfeier findet am kommenden Dienstag, den 26.09. ab 11:00 Uhr in St. Petri statt.

Unser Twitterkanal

Wir berichten täglich und tagesaktuell aus unserer Arbeit in der Politik des Kreistages auf unserem Twitterkanal. Dort findet ihr zu jeder Kreistagssitzung auch einen Liveticker mit allen wichtigen Ergebnissen. Es ist der schnelle und direkte Draht zur Kreistagsgruppe eurer Wahl. Wenn ihr immer aktuell sein wollt abonniert uns. [Hier gehts zum Gezwitscher.](#)

Im Folgenden erfahrt ihr alles wichtige über unsere Anträge in der letzten Sitzung des Kreistages. Zu der hitzigen Sitzung hatten wir viele Anträge eingebracht, die zum Teil hitzig diskutiert wurden. Die komplette Tagesordnung findet ihr auf der [Seite des Landkreises](#).

Hundert geförderte Arbeitsplätze schaffen

In unserem in den Kreistag neu eingebrachten Antrag wird der Auftrag an die Verwaltung formuliert, ein Konzept zur Schaffung von 100 geförderten Arbeitsplätzen für Empfänger von SGB-II-Leistungen zu entwickeln, was es so weder auf Landes- noch auf Bundesebene gibt. Für viele Erwerbslose bietet der erste Arbeitsmarkt keine Perspektive. Damit diese nicht in der Erwerbslosigkeit verharren, benötigen sie öffentlich geförderte Beschäftigung. Es soll sich dabei um reguläre Beschäftigungsverhältnisse handeln, deren Vergütung nach dem gültigen Tarifvertrag erfolgt. Der Schwerpunkt soll bei Eltern unterhaltspflichtiger Kinder liegen. In Frage kommen viele Tätigkeiten im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich, die notwendig, aber nicht über den Markt finanzierbar sind und die ehrenamtlich nur unzureichend erledigt werden können.

Da Erwerbslose im Gegensatz zu Erwerbstätigen keine Steuern und Sozialleistungen bezahlen und von Transferleistungen leben müssen, würde sich ein solches Programm auf Bundesebene weitgehend selbst finanzieren. Auf Kreisebene würde es immerhin Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft geben auch würde der Kreis von höheren Steuerzuweisungen profitieren. Die geförderte Beschäftigung würde ebenfalls im Interesse des Landkreises und der kreisangehörigen Kommunen liegen.

Die ersten Reaktionen der anderen Parteien auf unseren Antrag und unsere Redner Eckhard Fascher und Hans-Georg Schwedhelm reichten von sachlicher Kritik bis hin zu der üblichen Polemik. Die weitere Beratung erfolgt im Sozialausschuss.

Haltung zeigen: Der Extremismusantrag der CDU

Bei der kontroversesten Debatte in der letzten Kreistagssitzung ging es um einen Antrag der CDU für eine Aufstockung der Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz sowie der aufsuchenden Jugendarbeit um 40.000 Euro. Dieses so wohlklingende und daher ungewohnte Ansinnen aus den Reihen der CDU war nichts weiter als ein plumper Versuch ihren Wahlkampf in den Kreistag zu tragen. Dafür wurden linke Gruppierungen im Landkreis Göttingen pauschal diskreditiert, sie wurden zum "Präventionsziel der neuen Mittel erklärt erklärt und so eine Suppe gerührt, in der Linke, Nazis und islamische Fundamentalisten munter gleich gesetzt wurden.

Großspurig und befreit von jeder Sachkenntnis wurden für diesen Antrag die Ereignisse rund um den G20 Gipfel in Hamburg herangezogen um eine Art Gefährdungslage im Landkreis Göttingen zu konstruieren, die es nachweislich nicht gibt. Grundlage dafür war neben dem Verfassungsschutzbericht allerdings maßgeblich die "Auffassung der CDU Fraktion" (Zitat aus dem Antrag) und insbesondere die Meinung des einbringenden Kreistagsabgeordneten. Die anderen demokratischen Parteien im Kreistag haben gegen diese Diskreditierung linker Arbeit und die einhergehende Verharmlosung rechter Gefahren im Landkreis und in der Bundesrepublik ihre Stimme erhoben. Für uns war dies zunächst Rieke Wolters die in ihrer Rede ([hier](#) zum Nachlesen) nachwies, dass in der Logik des CDU Antrages aber noch viele Gruppen fehlen. Nicht zuletzt die Christfundamentalisten selbst. Zugleich brachte Wolters einen

Änderungsantrag ein, welcher zwar die erhöhte Zuwendung für die Stelle erhalten würde, aber die unsäglichen Ausrichtungsziele streichen würde.

Danach sprach für unsere Gruppe Konrad Kelm, der nachweisen konnte, dass beinahe wortidentische von der AfD in die Landtage in Brandenburg und Sachsen-Anhalt eingebracht worden sind. Darüber hinaus wies er daraufhin, dass ein solcher Antrag Göttingens unwürdig sei. In dem Klima was allein schon durch solche Anträge geschaffen wird, wären bereits die Göttinger Sieben undenkbar gewesen. Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass unsere "demokratische Öffentlichkeit wachsam ist, Menschen sich trauen, so zu sein, wie sie sind [denn] dann ist eine Menge richtiggemacht worden" (aus der Rede).

Auch die sehr persönliche Rede von Frau Obergöker sollte hier erwähnt werden. Auch sie wies die Forderungen der CDU-Fraktion entschieden zurück.

Ganz ausgestanden ist der Antrag noch nicht, er wird nochmal wiederkommen, nachdem er im Jugendhilfeausschuss behandelt worden ist. Dort wird Stine Rummel-Strebelow unsere Position vertreten, dass dieser Antrag scheitern muss.

Kosten für die Schülerbeförderung

Die Kosten für die Schulbusse trägt der Staat.

Leider ist das nur teilweise richtig. Wenn ein Kind zum Beispiel die Sekundarstufe II an einer IGS oder an einem Gymnasium besucht, müssen die Eltern in die Tasche greifen. Das empfinden alle Fraktionen im Kreistag Göttingen als ungerecht und deshalb wurde das Land Niedersachsen aufgefordert worden, auch die Kosten für die Schülerbeförderung im Sekundarbereich II zu übernehmen. Leider gibt es so schon seit Jahrzehnten diese Forderung an das Land Niedersachsen. Keine Regierung in Hannover, ob Schwarz, Rot, Grün oder Gelb hat an der Situation etwas geändert. Wir hatten beantragt, daß der Landkreis Göttingen eine Kostenübernahme zusichert, wenn das Land die Kosten nicht übernimmt. Diesen Vorschlag haben die andern Fraktionen leider nicht unterstützt. Es bleibt dabei, Bildung ist weiterhin vom Geldbeutel der Eltern abhängig.

Mimachen in Echtzeit! Und Farbe!

Unsere offene Gruppensitzung findet momentan jeden Montag ab 17:15 im Kreishaus statt. Dort sind Interessierte uns immer herzlich willkommen. Alle wichtigen Informationen, vom Raum bis zur Tagesordnung findet ihr unter dem Register [Sitzungen](#) auf unserer Homepage.

Die nächste unserer Sitzung ist am kommenden Montag den 25.09. um 17:15 Uhr.

Achtung! Aufgrund der Ferien, findet die nächste Sitzung danach erst am 18.10.2017 statt.

Schulausschuss beschließt Elternbefragung

Der Schulausschuss hat am 14. September die Elternbefragung von 6.000 Grundschulern im Kreisgebiet beschlossen. Die Eltern werden dabei nach der gewünschten Schulform und Schulabschluss gefragt. Gleichzeitig wird in sieben nach dem Wohnort unterschiedlichen Fragebögen nach der Präferenz für eine bestimmte bestehende Schule gefragt. Problematisch dabei, in den Bereichen Altkreis Osterode, Münden und Duderstadt existiert keine (öffentliche) IGS, die kirchliche IGS in Duderstadt wurde nicht aufgeführt. Es besteht so die Gefahr, dass Eltern auch bei der Wunschschulform nur eine den in ihrem Gebiet bestehende Schulform

ankreuzen. Die Elternbefragung soll als Grundlage für die spätere Schulentwicklungsplanung dienen.

Zwischen dem 23. Oktober und dem 1. Dezember sollen die Fragebögen verschickt und ausgefüllt zurückgesendet werden. Dies ist vor allem für die bestehende kirchliche IGS in Duderstadt zu spät, da das Land Niedersachsen bei entsprechendem Elternwunsch eine IGS in Duderstadt vor Schuljahresbeginn 2019 kaum mehr genehmigen kann. Die Schulträgerschaft der katholischen Kirche läuft aber bereits im kommenden Jahr aus. Im Vorfeld hatte die Elterninitiative für die IGS Duderstadt heftige Kritik an Zeitplan und Fragebögen geübt. Auch unser Vertreter im Schulausschuss Eckhard Fascher hatte aus diesen Gründen die Fragebögen und den Zeitplan abgelehnt. Vergeblich. SPD, CDU, Grüne und Freie Wähler stimmten wie üblich für die Verwaltungsvorlage. Lediglich die FDP stimmte mit uns dagegen.

Unser WLAN Antrag: Das Ergebnis

Gemäß unserer Gruppenvereinbarung haben wir ein öffentliches freies WLAN für alle Gebäude des Landkreises gefordert. Bei der Einbringung in der Juni-Sitzung war unsere Überraschung groß, dass alle Redner der Fraktionen einhellig der Meinung waren, dass dies auch umgesetzt werden sollte.

Die Überraschung war für uns aber noch größer, dass wir im Ausschuss plötzlich massiv angegangen wurden, mit dem Ziel unseren Antrag doch zurückzuziehen - die Verwaltung wolle den Inhalt unseres Antrages sowieso umsetzen, daher sei ein Antrag nicht nötig. Es wurde seitens Frau Dornieden, der zuständigen Dame aus der Verwaltung, darauf hingewiesen, dass im Haushalt die Mittel vorgesehen seien. Wie sich später herausstellte waren diese Mittel in einem allgemeinen Posten für Infrastrukturmassnahmen genau für dieses Vorhaben im Haushalt eingestellt - angeblich natürlich.

Wir lehnten es natürlich ab unseren Antrag zurückzuziehen. Diesem Antrag Antrag unserer Gruppe konnten alle zustimmen und mussten es sogar. Doch weit gefehlt! Die SPD in Person von Herrn Bonder rückte in der Diskussion mit dem eigentlichen Motiv heraus. Zitat: "Ich will nicht in der Zeitung lesen, dass das freie WLAN in den Landkreisgebäuden auf Antrag der Linken-Piraten-Partei Gruppe umgesetzt würde."

Eine mehr als abstruse Äußerung!

Da klar war, dass wir unseren Antrag auch im Kreisausschuss nicht zurücknehmen würden, kam die (fast-)Mehrheitsgruppe auf eine nahezu geniale Idee. Sie stellte einen Änderungsantrag, der nur 2 Worte einfügte. Diese machten aus einem Universal-WLAN überall einen in publikumsstarken Bereichen. Eine Einschränkung also.

In der Kreistagssitzung landete dieser Tagesordnungspunkt auf Beschluss der anderen Parteien ganz Hinten und wie zu erwarten war von der Mehrheit (inklusive CDU und AfD und FDP) abgelehnt - der Änderungsantrag mit der gleichen Mehrheit angenommen. So geht Kommunalpolitik.

Selbst zustimmungsfähige Anträge der Opposition werden rausgekickt.

Wirklich eine demokratische Tat!

Unser Anliegen: Die Ansiedlung eines Super-Möbelmarktes verhindern

Unser Antrag will erreichen, dass der Landkreis Göttingen sich mit der Stadt Göttingen anlegt, um den Supermöbelmarkt in der jetzigen Form an der A 7 zu verhindern. Die Städte und Gemeinden im Landkreis haben nur Nachteile durch den geplanten Markt und das soll der Landrat dem Oberbürgermeister erklären.

Bündnispartner bei dieser Auseinandersetzung ist scheinbar, wie in der Stadt Göttingen, die CDU. Im Rat der Stadt Göttingen haben sich SPD und GRÜNE für den Möbelmarkt ausgesprochen. Deutlich in der ersten Diskussion war, daß, wie auch in der Stadt Göttingen, die SPD im Kreistag für den Markt ist. Die Haltung der GRÜNEN und Freien Wählern (FWG) ist noch unklar. Nach dem üblichen Verfahren wird der Antrag jetzt im Bauausschuss weiter diskutiert. Die abschließende Beschlussfassung erfolgt im Kreistag am 8. November 2017.

Kontaktadressen unserer Kreistagsabgeordneten und Mitarbeiter

Abgeordnete:

Dr. Eckhard Fascher (Gruppenvorsitzender), Email: fascher@linke-piraten-partei.de

Andreas Gemmecke, Email: gemmecke@linke-piraten-partei.de

Konrad Kelm, Email: kelm@linke-piraten-partei.de

Dr. Mohan Ramaswamy, Email: mkr@linke-piraten-partei.de

Hans-Georg Schwedhelm, Email: schwedhelm@linke-piraten-partei.de

Rieke Wolters, Email: rieke@linke-piraten-partei.de

Mitarbeiter:

Dietmar Reitemeyer, Email: dietmar.reitemeyer@die-linke-goettingen.de, Tel.: 0551 - 525-2108

David Fuchs, Email: david.fuchs@linke-piraten-partei.de Tel.: 0551 - 525 3031

Jeden Montag ab 16:30 Uhr findet im Kreishaus in Göttingen (Reinhäuser Landstr. 4) die öffentliche Gruppensitzung statt. Jede und jeder Interessierte ist herzlich eingeladen uns zu besuchen.

Ausgabe: (6) 22.09.2017

Herausgeber: LINKE PIRATEN PARTEI +
Gruppe im Kreistag Göttingen

Sie erhalten diese Email, da sie auf dem Verteiler der Kreisgruppe stehen. [Tragen Sie weitere Emailadressen ein](#) oder [tragen Sie sich aus.](#)

LINKE PIRATEN PARTEI + Kreistagsgruppe

Reinhäuser Landstr. 4

37083 Göttingen

<http://linke-piraten-partei.de>